



## EU-DEBATTE / ATTAC KAMPAGNE

*In vorliegender Ausgabe findet die EU-Debatte ihre Fortsetzung mit Kommentaren von Josef Weidenholzer, Christian Apl, Michael Genner und Ernst Kurt Weigl. Weiters wird die Kampagne von ATTAC als Schwerpunkt sowie als NGO der Woche der start-up Verein respect präsentiert. Eröffnet wird eine neue CSR Serie in Zusammenarbeit mit der ARGE CSR in der PRVA (Public Relations Verband Austria) sowie aktuelle Subventionen, Vermischte Meldungen und Termine.*

*PS: Im Übrigen gehört die Spenden-  
absetzbarkeit eingeführt.*

# INHALT

## Schwerpunkt Fair Steuern

<b>Editorial</b> .....	3
<b>NGO der Woche</b>	
respACT .....	5
<b>Europa ... ?!</b>	
Kommentar zum EU-Referendum?Christian Apl .....	6
Cholera und Pest; Michael Genner .....	7
So ein Theater, ein europäisches. Ernst Kurt Weigel .....	8
Europa ohne Einbindung der Zivilgesellschaft funktioniert nicht	
Josef Weidenholzer .....	10
<b>Fair Steuern - eine Kampagne von attac</b>	
Intro .....	11
Steuergerechtigkeit; Mag.a Margit Appel .....	14
Frauen, Männer und Steuergerechtigkeit; Sybille Pirklbauer .....	15
Mythos Standortwettbewerb – müssen wir uns wirklich fürchten?	
Christian Felber .....	16
Ein Steuersystem der Reichen für die Reichen - Jährlich	
Steuerverluste durch Steueroasen: 203 Milliarden Euro .....	18
<b>OENWE</b>	
Die Vortagsreihe des OENWE 2005 .....	20
United Responsibility...; Andreas Reinisch .....	21
Was haben Public Relations mit CSR zu tun? Leo Hauska .....	22
Positionspapier zu CSR - PRVA .....	24
<b>Subventionen</b>	
St. Pölten .....	25
<b>Vermischte Meldungen</b> .....	28-29
<b>Veranstaltungen</b> .....	29
<b>ABO</b> .....	30

## VORSCHAU

Schwerpunktthema:

ECA-Watch

### Impressum

Glocalist Review : Digitale  
Wochenzeitschrift für  
NGO&NPO-Management,  
Politik, Ökonomie und Kultur;  
Gegr. 2003  
Medieninhaber und Verleger:  
„arbeitsraum-philosophie“ agen-  
tur für analoge & digitale kom-  
munikationswirtschaft GmbH  
Herausgeber:  
Dr. Christian Neugebauer  
Redaktion: A-1030 Wien,  
Barmherzigeng. 17/6/1;  
oder per Mail an  
redaktion@glocalist-review.com

**Design:** [www.arbeitsraum.at](http://www.arbeitsraum.at)

### Anzeigenverwaltung:

0699/11 88 16 43  
[anzeigenleitung@glocalist-  
review.com](mailto:anzeigenleitung@glocalist-review.com)

### Abo-Service:

[office@glocalist-review.com](mailto:office@glocalist-review.com)  
[http://www.glocalist-  
review.com/abonnement.php](http://www.glocalist-<br/>review.com/abonnement.php)  
Bezugsabmeldung nur zum Ende des  
vereinbarten Zeitraumes mit sechs-  
wöchiger Kündigungsfrist.

### Internet:

[www.glocalist-review.com](http://www.glocalist-review.com)

### Mail:

[office@glocalist-review.com](mailto:office@glocalist-review.com)  
Bankverbindung: BLZ 20111  
Kto: 2826 234 1100  
Für unverlangt eingesandte  
Manuskripte und LeserInnen-  
briefe wird keine Haftung und  
Gewährleistung übernommen.  
Der Herausgeber und die  
Redaktion behalten sich even-  
tuelle Kürzungen vor. Nament-  
lich gekennzeichnete Beiträge  
drücken nicht unbedingt die  
Meinung des Herausgebers und  
der Redaktion aus und für diese  
Beiträge und ihren Wahrheits-  
gehalt haften ausschließlich die  
AutorInnen.

# Kein Hi-Jacking der Zivilgesellschaft – für einen Verfassungskonvent der Zivilgesellschaft

Christian Neugebauer

Schon schicken sich erste rechtsextreme Parteien in Österreich an, den aufkommenden Protest gegen die EU zu instrumentalisieren und entsprechende Volksbegehren einzuleiten. Gegen diese unselige Entwicklung gilt es entschieden anzukämpfen, denn sie sprechen nur für eine Minderheit von Ewiggestrigen.

Es wäre so wünschenswert und erstrebenswert, wenn sich die zivilgesellschaftliche Kräfte und NGOs zu einer gemeinsamen Anstrengung eines „Europäischen Verfassungskonvent der Zivilgesellschaft“ finden könnten, um eine Instrumentalisierung durch rechrechtsextreme Politik zu verhindern und auch um klar darzulegen, was man eigentlich will.

So ein Prozess wird sicher turbulent und diskussionsreich sein, dies ist aber genau das, was Österreich braucht: eine lebendige Diskussion über Europa, die sich selbst als Teil von Europa zur Herstellung einer europäischen Öffentlichkeit versteht.

Austrittsszenarien und zurück zu dumpfen Nationalismen haben hier sicher keinen Platz, sondern es geht um die Formulierung der Ziele eines solidarischen, sozialen und demokratischen Europa aus zivilgesellschaftlichen Perspektiven und Positionen (!).

Eine Übereinstimmung zu finden wird nicht leicht sein, aber der Weg ist hier schon Teil einer Zielformulierung. ■



CHRISTIAN NEUGEBAUER,  
HERAUSGEBER

## *DER GLOCALIST EXPANDIERT UND SUCHT* **AnzeigenleiterIn**

Mediaagenturenerfahrung erwünscht. Flexibilität und Eigenverantwortung werden mitgebracht sowie Erfahrung in der Online-Mediabranche. Diese Position setzt Eigenengagement und hohe Selbstmotivation voraus.

Bewerbungen ausschließlich per Mail an:  
[office@glocalist-review.com](mailto:office@glocalist-review.com)

# respACT austria: Eine neue NGO von und für Unternehmen



*Der Bedarf an gesellschaftlichem und nachhaltigem Handeln in Unternehmen steigt und die Nachfrage nach konkreten Modellen wächst. Um diese Tatsache verstärkt zu kommunizieren und den gegenseitigen Austausch von Unternehmen zum Thema Corporate Social Responsibility (CSR) zu fördern, wurde der Verein respACT austria gegründet und am 2. Juni der Öffentlichkeit präsentiert.*

Der Verein respACT austria führt die Arbeit der Initiative „CSR Austria“ fort und baut auf deren Leitbild „Erfolgreich wirtschaften. Verantwortungsvoll handeln“ auf – denn responsible ACTION besagt genau das: verantwortliches Handeln von Unternehmen. „Wir möchten Plattform und Ansprechpartner in allen Fragen der Umsetzung von Nachhaltigkeit, Corporate Social Responsibility (CSR) und Wirtschaftsethik sein“, so Erich Becker, Präsident des Vereins. Über seine Funktion als „starke Stimme der Unternehmen nach außen“ hinausgehend, ermöglicht es die Plattform den Unternehmerinnen und Unternehmern, sich untereinander auszutauschen und gemeinsam für übergreifende Anliegen aktiv zu werden.

## CSR ist unabhängig von der Betriebsgröße

Das Übernehmen gesellschaftlicher Verantwortung hat nichts mit der Größe des Unternehmens zu tun – der Verein ist ebenso für internationale Konzerne wie für

mittlere, kleine und kleinste Unternehmen offen.

Georg Toifl, Vizepräsident des Vereins, Geschäftsführer der Rosa Toifl & CoKG und Bundesspartenobmann Gewerbe und Handwerk der Wirtschaftskammer Österreich: „Gelebte soziale Verantwortung bedeutet auch das Wachstum an Beschäftigten – und dabei ist der KMU-Bereich führend. Aber auch die Nähe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu den Eigentümerinnen und Eigentümern der Betriebe führt zu einer großen persönlichen Nähe und Verbundenheit, die gelebte soziale Verantwortung wird täglich sichtbar“.

## Be part of it

Mitglied zu werden ist leicht und finanzierbar. Um 100,- Euro Jahresbeitrag etwa sind Mikro-Betriebe (beschäftigen weniger als 10 Personen und/oder Jahresumsatz beträgt weniger als 2 Mio. Euro) bereits dabei, Großunternehmen (beschäftigen mehr als 250 Personen und/oder Jahresumsatz beträgt mind. 50 Mio. Euro) zahlen 1000,- Euro. Im Jahr 2005 wird für neue Mitglieder kein Beitrag eingehoben.

Die Vorteile für Unternehmen sind vielfältig und reichen etwa von branchen- und themenspezifischen Diskussionsforen über Ermäßigungen bei Weiterbildungsangeboten (z.B. der Lehrgang „Integriertes CSR Management“ oder das Austauschprogramm „Brückenschlag“) bis zur Nutzung der „Business Case Datenbank“.



DI ROMAN H. MESICEK  
GESCHÄFTSFÜHRER

**Verantwortung leben.**



**Aktuelles Event**  
18.06.2005 Verantwortliches  
Unternehmertum - Seminar  
und Workshop mit den Trägern  
Preisrärgern 2005 [\[mehr\]](#)

**Newsletter**  
Registrieren Sie sich für  
unseren Newsletter und  
bleiben Sie informiert über  
unsere News und Events.  
[\[zur Registrierung\]](#)

suche

### Unternehmen mit Verantwortung

Wirtschaftlicher Erfolg und gesellschaftlich verantwortliches Handeln sind kein Widerspruch, sondern ein Wettbewerbsvorteil für Österreichs Unternehmen. Hier eröffnet sich eine neue Aufgabe für Unternehmensstrategie, Corporate Communications und Public Affairs Management, denn Nachhaltigkeit und gesellschaftliche Verantwortung sind wirkungsvoll kommunizierbar. Nachhaltige Managementstrategien erhöhen die Berechenbarkeit zukünftiger Entwicklungen in Unternehmen. Die Beschäftigung mit gesellschaftlicher Verantwortung ist aktives Chancenmanagement und unternehmerische Krisenvorsorge zugleich.

### Corporate Social Responsibility

Das Modell der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen (engl. Corporate Social Responsibility – CSR) will nachhaltiges Wirtschaften in die Praxis umsetzen. CSR ist kein Human- oder Sozialprogramm, sondern ein Managementansatz, der neben der ökonomischen Logik soziale und ökologische Verantwortung zu einem konkreten Bestandteil der Unternehmensstrategie macht.

### Betonung der Freiwilligkeit

CSR ist ein Konzept, das Unternehmen als Grundlage dient, auf freiwilliger Basis soziale sowie Umweltbelange in ihre Unternehmenstätigkeit und in die Wechselbeziehungen mit den Anspruchs- und Interessensgruppen zu integrieren. Österreichische, wie auch europäische und internationale Unternehmen, erkennen zunehmend, dass verantwortliches Verhalten zu nachhaltigem wirtschaftlichen Erfolg führt.

[\[lesen Sie hier mehr\]](#)



respACT Austria wird unterstützt von:



## Struktur des Vereins

respACT austria ist ein unternehmensgeführter Verein, der sich über die Beiträge seiner Mitgliedsunternehmen finanziert und von den Institutionen Industriellenvereinigung (IV), Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA), und Bundesministerium für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (BMSG) als fördernde Mitglieder unterstützt wird.

Der Vorstand besteht aus: Dr. Erich Becker (Präsident); Ing. Mag. Georg Toifl, Rosa Toifl & Co GmbH (Vizepräsident); Dr. Wolfgang Ruttenstorfer, OMV Aktiengesellschaft (Vizepräsident); KR Peter Kastner, Firmengruppe Kastner und M.Sc. Monika Langthaler, brainbows Infor-

mationsmanagement GmbH. Weiters sind in den Vorstand kooptiert: Dr. Christian Friesl, Industriellenvereinigung und Dipl. Betriebswirt René Schmidpeter, Bundesministerium für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz. In die Geschäftsführung wurden Dkfm. Lorenz Fritz als Generalsekretär und DI Roman H. Mesicek als Geschäftsführer bestellt. ■

### Kontakt:

DI Roman H. Mesicek  
Geschäftsführer respACT austria  
Lothringerstrasse 12, A-1031 Wien  
T +43-1-71135-2395  
Fax +43-1-71135-6149  
[r.mesicek@respact.at](mailto:r.mesicek@respact.at)  
[www.respact.at](http://www.respact.at)

# Kommentar zum EU-Referendum?

Von Christian Apl (Geschäftsführender Gemeinderat in Perchtoldsdorf/GRÜNE)

Ich bin froh, dass endlich wer die Bremsen gefunden hat. Irgendwie erinnert es mich an Zwentendorf. Könnte belebend wirken, nicht nur für die Zivilgesellschaft, vielleicht auch für die sogenannten politischen "VerantwortungsträgerInnen". Eine Zeitlang halt. Mir war der Prozess von Anfang an suspekt. Da soll eine Verfassung geschaffen werden und wenn die EuropäerInnen Glück haben, dürfen sie vielleicht ja oder nein dazu sagen. So kann es doch nicht sein. Eine Verfassung ist schließlich die Basisvereinbarung für ein gesellschaftliches Zusammenleben in Frieden. Damit will ich mich schon identifizieren können, möglichst bevor ich ihr zustimme - ich will wissen, dass es meine Entscheidung war, die mein weiteres Leben und das Leben meiner Kinder mitbestimmt. Ich will nicht nur Zuschauer in meinem eigenen Leben sein.

Außerdem kann Recht nur durch Vereinbarung oder durch Diktat verwirklicht werden, durch Zustimmung oder das Herstellen von Faktizitäten. Und in eine Gesellschaft die menschenrechtlichen und demokratischen Ansprüchen gerecht werden will, passt halt das Diktat so überhaupt nicht. Die Leute, die es doch immer wieder

probieren, haben aus der Geschichte nichts gelernt, bzw. scheinen die bereits leidvoll gemachten Erfahrungen zunehmend zu verblassen - trotz Gedankenjahr.

Vielleicht setzt das französische Nein jetzt endlich den notwendigerweise breiten Diskussionsprozess in Gang, der zu einem für die EuropäerInnen brauchbaren und lebberen Basiskonsens gelangt. Es wird schlussendlich auch kein Weg daran vorbeiführen.

Mein Traum wäre ja, dass sich die Menschen jetzt überall zusammensetzen und einmal "ihre" EU-Verfassung artikulieren. Das wäre eine tolle Arbeitsgrundlage für den weiteren Verhandlungsprozess, in dem dann idealerweise alles ausargumentiert wird. Nicht um lahme Kompromisse zu schließen, sondern um voneinander zu lernen und das Erfahrene in die Entwürfe einfließen zu lassen. Das sollte doch zu einem identifikationswürdigen Ergebnis führen, wenn sich genügend Leute finden, die sich um die Prozessabwicklung kümmern... ■



CHRISTIAN APL

# Cholera und Pest

Von Michael Genner (Geschäftsführer Asyl-in-Not)

*Ich habe zu Europa ein gespaltenes Verhältnis - so zwiespältig wie Europa selbst.*

Ich bin gegen die Festung Europa, das Europa der Konzerne, die neue Supermacht. Aber genauso sehr verabscheue ich die Nationalstaaten, die Ströme Blutes vergossen haben.

Beide Projekte – Festung und Nationalstaat – lehne ich ab. Ich will nicht nur die Wahl haben zwischen Cholera und Pest. Vielleicht hat das Referendum in Frankreich gezeigt, daß auch noch eine andere Entscheidung möglich ist.

Ich glaube an das Europa der Aufklärung, der Freiheit und Gleichheit, der Menschenrechte und der Demokratie. Aber ich weiß auch, daß die heutige Union mit diesen Werten nicht allzu viel zu tun hat.

Als Rechtsberater für Asylwerber habe ich täglich mit den Auswirkungen der sogenannten „Harmonisierung“ des europäischen Asyl-„Rechts“ zu tun:

Europa macht seine Grenzen dicht, Europa will Flüchtlings-„Ströme“ fernhalten, Europa denkt nach über die Abschaffung der Genfer Flüchtlingskonvention. (Es war übrigens Österreichs furchtbarer Jurist Manfred Matzka, der während der EU-Präsidentschaft 1998 diese Vor-„Denker“-Rolle übernahm). Europa will Flüchtlinge in Lager in Libyen sperren. Oder in der Ukraine (hier ging Österreichs unglückseliger Ex-Polizeiminister voran).

Tausende Menschen sterben Jahr für Jahr beim Versuch, das goldene Europa zu erreichen. Sie ertrinken im Meer, ersticken in Containern, erhängen sich in der Schubhaft. Die Slowakei, ein gelehriger Schüler, EU-Mitglied seit 1. Mai 2004, schob allein von Juni bis August elf tschetschenische Flüchtlinge, deren Daten wir kennen, nach Russland, in die Hände der Verfolger, zurück.

Europa – Deutschland an der Spitze - hat mit Drittlandklausel und Dublinkonvention Rechtskonstrukte geschaffen, die geeignet sind, so gut wie allen Flüchtlingen den Zugang zum Asyl zu verwehren.

„Wir wenden uns gegen eine ‚Festung Europa‘, die mit einem Eisernen Vorhang die reichen Länder von den armen trennt.“ So steht es im Leitbild von Asyl in Not. Jeder Flüchtling, der in Österreich Asyl erhält, ist eine Lücke, die wir in den Eisernen Vorhang schneiden. Ein kleiner Schritt voran.

Aber ist es die Europäische Union allein, die für den neuen Rassismus die Verantwortung trägt? Sind es nicht die nationalen Regierungen, die die schlimmsten Verbrechen an den Flüchtlingen begehen? Es verheißt nichts Gutes, wenn die Machthaber der EU nach ihrem Scheitern in Frankreich „vermehrte Zusammenarbeit auf Regierungsebene“ planen.

Aber vorläufig freue ich mich mit den Franzosen; sie haben ein Projekt der Regierungen zu Fall gebracht. Und Regierungen zu schwächen, ist fast immer lobenswert.

Ich freue mich auch über Deutschlands große Enttäuschung; Deutschland war und ist (auch unter „rot“-„grün“) das Kernstück der Festung, der Vorreiter aller fremdenfeindlichen Strategien.

Chiracs Niederlage kann den Weg freimachen für ein „Changement“, eine grundlegende Änderung in Frankreich. Dieses Projekt könnte europaweit ausstrahlen, könnte ein Meilenstein sein auf dem Weg zum anderen Europa der Menschenrechte und der Demokratie.

Aber – um auch das deutlich zu sagen: Ich freue mich auch, wenn die Internationalisierung von Wirtschaft und Politik - oder soll ich das Unwort Globalisierung verwenden?



MICHAEL GENNER

den? – ihren Beitrag leistet, Nationalstaaten aufzulösen, die veralteten Strukturen von Gesellschaft und Wirtschaft zu zerstören.

Also bitte: keinen Beifall für Frankreich von der falschen Seite! Hier in Österreich sind wir weit entfernt von der Vision eines anderen Europa. Hier sehen wir dumpfes Antieuropäertum – von Haider bis zu jenen National-„Sozialen“ in den Reihen der SPÖ, die immer schon gewußt haben, daß die Osterweiterung Unglück bringt, weil dann vielleicht sogar Prostituierte und Installateure aus Osteuropa bei uns arbeiten dürften, und womöglich sogar legal.

Ich bin für offene Grenzen, nicht nur in Europa, sondern überall auf der Welt. Für den freien Verkehr der Menschen und Ideen, für das Menschenrecht auf Freizügigkeit.

Das ist natürlich nur ein Traum, derzeit jedenfalls. Eine Utopie. Aber manchmal werden Träume wahr. ■

# So ein Theater, ein europäisches.

Von Ernst Kurt Weigel (das bernhard ensemble und Beiratsmitglied GLOCALIST REVIEW)

*Wäre die Europäische Union ein Theaterabend, dann käme der EU-Verfassung die Rolle des Programmheftes zu. Man kann es kaufen, wenn man will, man erfährt einiges Interessantes, vielleicht über die Darsteller, die Hintergründe und die Sponsoren, aber hat man es nicht, ist der Theaterabend und die Konsumation desselben in keinsten Weise davon beeinflusst. Der Abend wird davon nicht besser, er wird davon nicht schlechter Also was soll's. Geh ich ins Theater, weiß ich, was mich erwartet: eine mehr oder weniger ansprechende Show. Geh ich in die EU, weiß ich auch was mich erwartet, also warum ein Programmheft kaufen oder warum kein Programmheft kaufen?*

Das NON oder NEE zu einer Verfassung ist ohnehin nur Ausdruck einer allgemeinen Vergrätztheit der EU-Bevölkerung, die nicht versteht, warum man sich während einer schlechten Vorstellung auch noch das Programmheft kaufen soll. Und die Vorstellung ist schlecht. Man hat ihnen in den Ankündigungen irrsinnig viel versprochen und vorgegaukelt, und nun sitzen sie in einer billigen Schmierkomödie, für die manche teure Eintrittskarten für die vorderen Reihen gekauft haben, andere billige Plätze weiter hinten, und einige stehen sogar am Juchee, die mit den billigen Anzügen. Doch das tolle am Theater ist, dass eine Vorstellung vorne wie hinten gleich gut oder schlecht ist. Und wenn die beamteten Billetteure nun durch die Reihen gehen und ihre Programme nicht loswerden, wen wundert's? Obwohl die Zuschauer aus dem Theater rausgehen könnten bleiben sie brav sitzen und sehen ungefähr dieses:

## **Vorspiel:**

Da finden sich mehrere findige Macher aus mehreren EU-Ländern zusammen, die habe eine tolle Idee. (das Thema lautet meistens: Migration, Globalisierung und Vielfalt) Das wird dann von der guten Fee mit mehreren Millionen für 3 Jahre unterstützt und dann geht's los:

### **1. Jahr Research:**

Zuerst sitzen die Macher ein Jahr lang zusammen und versucht zu ergründen, was man eigentlich will, und warum man das eigentlich will, und ob das ganze etwas bringt, und warum es überhaupt was bringen kann oder soll oder muss, und ersinnt sinnige Projekte, jeder in seiner Sparte. Dabei trifft man sich jeden Monat in einer anderen europäischen Hauptstadt, um die Luftfahrt zu unterstützen, um die Städte zu unterstützen und zu besichtigen, um die teuren Hotels mit ihren Seminarräumen und ihren nationalen Buffets zu unterstützen, und die Arbeitsstellen der anderen zu besichtigen. Man will ja zusammenrücken, genannt Lobbying. (Anm. Lobbying: hatte früher einen schlechten Beigeschmack, so wie Freimaurertum, ist heute jedoch legitimiert und salonfähig, bedeutet allerdings immer noch das gleiche, nur auf europäischer Ebene.)

Experten halten nun Vorträge, Diskussionen dauern bis in die Nacht, man orientiert sich und findet zu einem vorläufigen Ergebnis und einer Struktur, die allerdings nach allen Seiten offen gehalten wird, um einzelne nicht in ihren nationalen Verantwortlichkeiten zu handikappen.

Das ganze wird als buntes Organigramm auf europäische Seminarraumwände geworfen, audiovisuell und elektronisch dokumentiert, in alle EU-Sprachen übersetzt und irgendwohin, meistens nach Brüssel geschickt.



ERNST KURT WEIGEL

## **2. Jahr Projektphase:**

Es wird heiß: Projekte treten in die Umsetzungsphase. Es wird in europäischen Hauptstädten noch eifriger gegessen und getrunken, gereist und gewohnt. Freunde, Bekannte und Verwandte werden dazu angehalten sich einer Auswahl zu stellen und ihre europäischen Feldforschungsprojekte umzusetzen. Jetzt ruft meistens einer der Projektleiter: „middle of the time“, was soviel bedeutet wie: „Kinder anpassen, das Geld wird knapp!“ Das bedeutet, dass leider für die Durchführung der soziologischen oder kulturellen oder politologischen oder was auch immer-Projekte, nicht mehr gar so viel Gelder (meistens Euros) da sind, und man sparen und etwas sich einschränken muss. Nun tritt meistens ein subversiver Geist auf die Bühne der ungeheuerlichen von sich gibt, wie: „Aber darum geht es doch bei dem gesamten Projekt, das ist nun der Kern, und da soll gespart werden?!“ Mit anderen Worten, er hat sein eigenes Todesurteil unterschrieben und wird mit europäischen Argumenten von der Bühne gekehrt, bevor es zu Handgreiflichkeiten kommt. Die Projekte, das Hauptereignis, finden statt, nun meistens auf wenige Kerngruppen reduziert. Ihre Leiter arbeiten hart und selbstausbeuterisch, aber mit viel europäischen Engagement neben ihren normalen beruflichen Tätigkeiten, weil eben wenig Projektgelder (meistens Euros). Die Ergebnisse werden begutachtet, wenn möglich exemplarisch sichtbar gemacht und reisen nun mit wenig Geld durch die europäischen Partnerländer. Das ganze wird dann dokumentiert, in alle EU-Sprachen übersetzt und dann irgendwohin geschickt, meistens nach Brüssel.

## **3. Jahr Dokumentation und Abschluss:**

Mit Bedauern stellt man fest, dass der Kern einer Sache sehr hart, und meistens nicht zu knacken ist. Das hat man jetzt auch auf europäischer Ebene erfahren. Dann wird noch besprochen was eigentlich war, wie weit man sich vom gesteckten Ziel entfernt hat und beginnt mit der meist sehr komplizierten und langwierigen Projektabrechnung (meistens in Euro). Haben sich eine oder mehrere während einer

der Phasen zerstritten werden nun europäische Hände gereicht. Darauf stellt man sich einer abschließenden Supervision, leert die letzte Flasche Prosecco, die noch im Budget drinn ist, dokumentiert das ganze Projekt, dokumentiert die Dokumentation audiovisuell und elektronisch, übersetzt und verschickt sie und verabschiedet sich bis zum nächsten Mal, bis einer in die Runde sagt: „Aber, dass ein Kern schwer zu knacken ist, dass wäre doch man ein Thema, das auf europäischer Ebene schwer zu knacken ist. Wir sollten uns zusamm tun!“ Während ein anderer einwirft: „Also ohne eine Subvention rede ich da gar nicht weiter.“ Und ein Dritter: „Na wart, ich schreib gleich einen Antrag, der geht sicher durch, mit dem Konzept...“

Leider hört damit der europäische Theaterabend nicht auf, es fällt hier leider kein Vorhang, sondern es geht so immer weiter.

Doch das ist nur das Stück, was wir sehen, zu dem nun einige Zuschauer kein Programmheft kaufen möchten, weil sie den Abend im Abendland weder erbaulich noch amüsant finden, und keinerlei persönlichen Nutzen drin erkennen. Persönlicher Nutzen? Pfui! Obwohl es dauernd von den bunten Theaterplakaten herunterdröhnt, wie schön und wie toll, diese Vorstellung für uns alle sein muss, und das Programm erst. Trotzdem müssen wir bemerken, dass hier offensichtlich hinter den Kulissen mehr gelacht wird, als über die schlechte Komödie auf der Bühne oder irgendwo sonst in diesem europäischen Theater. ■

# Europa ohne Einbindung der Zivilgesellschaft funktioniert nicht

Von Josef Weidenholzer (Präsident Volkshilfe Österreich)

*Nach der zweiten deutlichen Ablehnung der EU-Verfassung wird eines immer klarer: Politik am "grünen Tisch" und hinter verschlossenen Türen funktioniert heute nicht mehr. Die Niederlagen in den beiden Volksabstimmungen sind ein deutlicher Weckruf an die EU-PolitikerInnen, denn Europa funktioniert heute ohne die massive Einbindung der Zivilgesellschaft nicht mehr*

Jene PolitikerInnen, die in der EU Verantwortung tragen, müssen endlich die Schlüsselrolle von NGO's, Freiwilligenorganisationen, Gewerkschaften und Kirchen als strategische Partner in europäischen Diskussionsprozessen erkennen. Dazu ist es aber unbedingt nötig, entsprechende Mittel für ein möglichst breites europäisches Erwachsenenbildung- und Diskussionsprogramm zur Verfügung zu stellen. Nicht einseitige "Überredungswerbung" ist gefragt, sondern wechselseitige Kommunikationsmöglichkeiten mit den BürgerInnen.

Nach dem Verfassungskonvent hätte eine lange Periode der geförderten, öffentlichen Debatte in allen Mitgliedsstaaten folgen sollen. PolitikerInnen nach Brüssel zu schicken, ohne vorhergegangener offener Debatte ist, wie man jetzt deutlich sehen kann, kein akzeptierter Weg mehr, Politik zu machen. Die EU-Führer müssen erkennen, dass die Zivilgesellschaft mit ihrer Verankerung in der Bevölkerung ein wichtiger Partner ist, um Themen zu kommunizieren. Nur so können wir ernsthaft eine europäische BürgerInnenschaft entwickeln.

EU-Kommissarin Margot Wallstrom muß die Schlüsselrolle der Zivilgesellschaft in politischen Debatten und Entscheidungsprozessen beim kommenden EU-Weißbuch entsprechend berücksichtigen. ■

***Univ.-Prof. Dr. Josef Weidenholzer, ist Präsident Volkshilfe Österreich und Vizepräsident von solidar***



JOSEF WEIDENHOLZER

*Eine Verfassung für Europa -> Link:*

***[http://europa.eu.int/constitution/index\\_de.htm](http://europa.eu.int/constitution/index_de.htm)***





# FAIR STEUERN

Von Christian Neugebauer

*Am 19. Mai präsentierte ATTAC Österreich die Kampagne „Fair Steuern – Mehr für Alle. Der Sozialstaat ist finanzierbar“. Vor dem Hintergrund der Referendaria in Frankreich und Niederlande erweist sich gerade die Frage der Steuergerechtigkeit als eine besonders brennende wie aktuelle. Getragen wird diese Kampagne von der GPA, Armutskonferenz und Katholische Sozialakademie Österreich. Johanna Dohnal unterstützt diese Kampagne: „Frauen bekommen für die selbe Arbeit ein Drittel weniger bezahlt als Männer. Die Steuerreform hätte einen Ausgleich für KleinstverdienerInnen, zu denen überproportional viele Frauen gehören, schaffen können. Tatsächlich wird durch die Steuerreform die Einkommensschere noch größer, denn gerade die Klein- und Kleinsteinkommen haben von dieser 'Entlastung' nichts“*

Um Steuergerechtigkeit herzustellen – heute wird in Österreich die Hauptsteuerlast von ArbeitnehmerInnen und Kleinstbetrieben getragen – fordert ATTAC in der Kampagne:

- Privatvermögen in Österreich mit durchschnittlich 1% besteuern. Dies würde ca. 10 Milliarden Euro Steuerertrag bedeuten.
- Den Steuerwettbewerb in der EU beenden.
- Arbeits- und Kapitaleinkommen steuerlich gleich behandeln: Nicht nur Löhne und Gehälter, sondern alle Einkommen müssen automatisch an das zuständige Finanzamt gemeldet und der Einkommenssteuer unterworfen werden.

## Stichworte zur Steuergerechtigkeit

### Vermögen und Gewinne fast steuerfrei

Der Anteil der Vermögenssteuern am Gesamtabgabenaufkommen ist in Österreich seit 1970 von 3,7% auf 1,3% zurückgegangen (OECD Revenue Statistics),

damit ist Österreich jener Industriestaat mit der geringsten Vermögenssteuer. Der Beitrag der Gewinnsteuern am Gesamtabgabenaufkommen hat sich seit 1965 von 28 auf 14 Prozent halbiert. Gleichzeitig hat sich der Anteil der Lohnsteuern von 10 auf 30 Prozent verdreifacht (AK-Berechnung auf Datenbasis Finanzministerium).

### Globaler Steuerwettbewerb

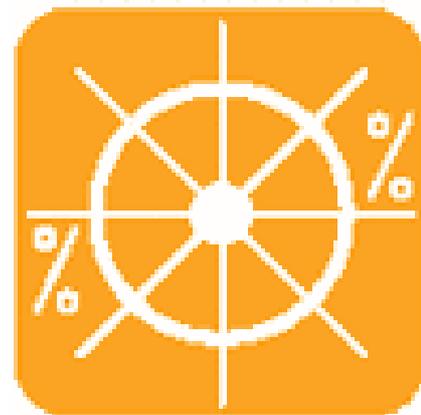
Die durchschnittliche Besteuerung von Unternehmensgewinnen ist in den Industriestaaten seit 1985 von 51 auf 29 Prozent gesunken (KPMG), die von Zinserträgen von 47 auf 33 Prozent (Deloitte & Touch), und die Spitzensätze der Einkommenssteuer sind von 52 auf 42 Prozent heruntergerasselt (UNDP).

### Österreich ist nicht Opfer, sondern Vorreiter

Laut OECD beträgt der Beitrag der Vermögenssteuern zum Gesamtabgabenaufkommen in Österreich 1,3% vom BIP gegenüber 4,9% im EU-15-Schnitt. Der Beitrag der Gewinnsteuern betrug 5,1% gegenüber 8,9%. (Dieser Anteil ist seit 2002, den letztverfügbaren Zahlen, stark gesunken). Würde Österreich seine Gewinn- und Vermögensbesteuerung auf EU-15-Schnitt anheben, hätten wir zusätzliche Steuereinnahmen von 7 Milliarden Euro und damit einen Budgetüberschuss von 4 Milliarden Euro. Die Spar- und Zusperrpolitik könnte bei entsprechenden politischen Willen beendet werden.

### KÖSt-Senkung und Gruppenbesteuerung

Die jüngste Steuerreform macht die Gewinnbesteuerung zu einer „freiwilligen Abgabe“ (PWC), zu einer Bagatellsteuer (AK) und Österreich zu einer „Steuroase“ (KPMG).





## Nicht Konzerne beschenken

Allein der Steuerausfall durch die KÖSt-Senkung beträgt über 1 Milliarde Euro. Eine bedarfsorientierte Grundsicherung gegen die – steigende – Armut in Österreich würde laut Emmerich Tálos (Sozialstaatsvolksbegehren) 900 Millionen Euro kosten. Die Zahl der akut Armen ist in Österreich laut jüngstem Sozialbericht auf 5,9% angestiegen, trotz Wirtschaftswachstum. Jede/r achte ÖsterreicherIn ist armutsgefährdet, das ist mehr als eine Million Menschen.

## Österreich muss nicht sparen

Österreich wird jährlich um 2% reicher. Das heißt, man könnte daher – bei gerechter Verteilung (Gewinne bekommen 2%, Löhne und Gehälter 2%, Steuern wachsen um 2%) - jedes Jahr um 2% mehr für Kindergärten, Gesundheitsdienstleistungen, Pensionen und soziale Sicherheit leisten. „Wir müssen nicht sparen. Wir müssen den Gürtel nicht enger schnallen. Wir müssen nur den vorhandenen Reichtum und die Zuwächse gerecht verteilen. Wenn alle beitragen, hat es niemand schwer.“, so Karin Kübelböck von ATTAC Österreich.

## STEUERDEMO in BRÜSSEL

Versammlung am Place de Luxembourg

**Freitag, 17. Juni 2005 um 10:30 Uhr**

**Für Steuergerechtigkeit und globale Steuern.**

**Gegen Steuer- und Justizparadiese**

Europäische Mobilisierung des Attac Netzwerk

anlässlich des Treffens des Europäische Rats unter dem luxemburgischen Vorsitz.

Mehr über die Kampagne auf der Website:

[www.fairsteuern.at](http://www.fairsteuern.at)

Bei Bedarf an  
**KREATION**

hier

klicken:



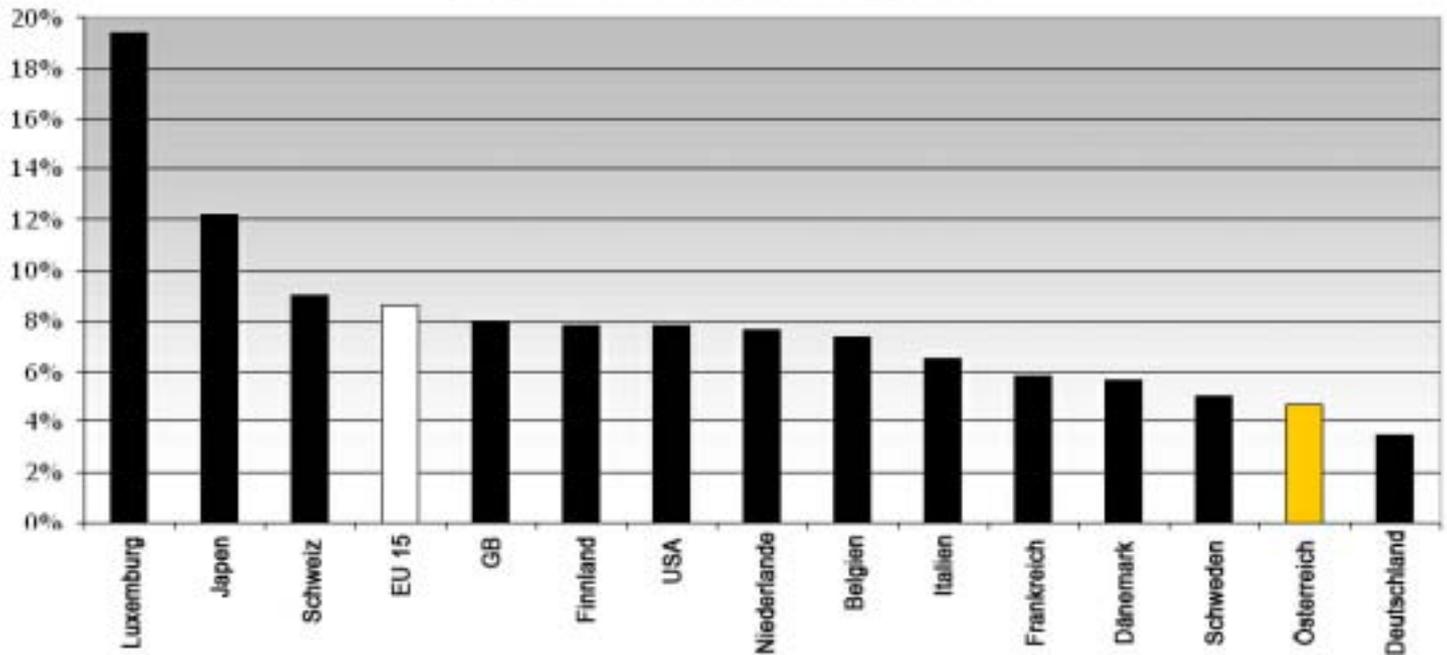
**"arbeitsraum-  
philosophie"**

[www.arbeitsraum.at](http://www.arbeitsraum.at)



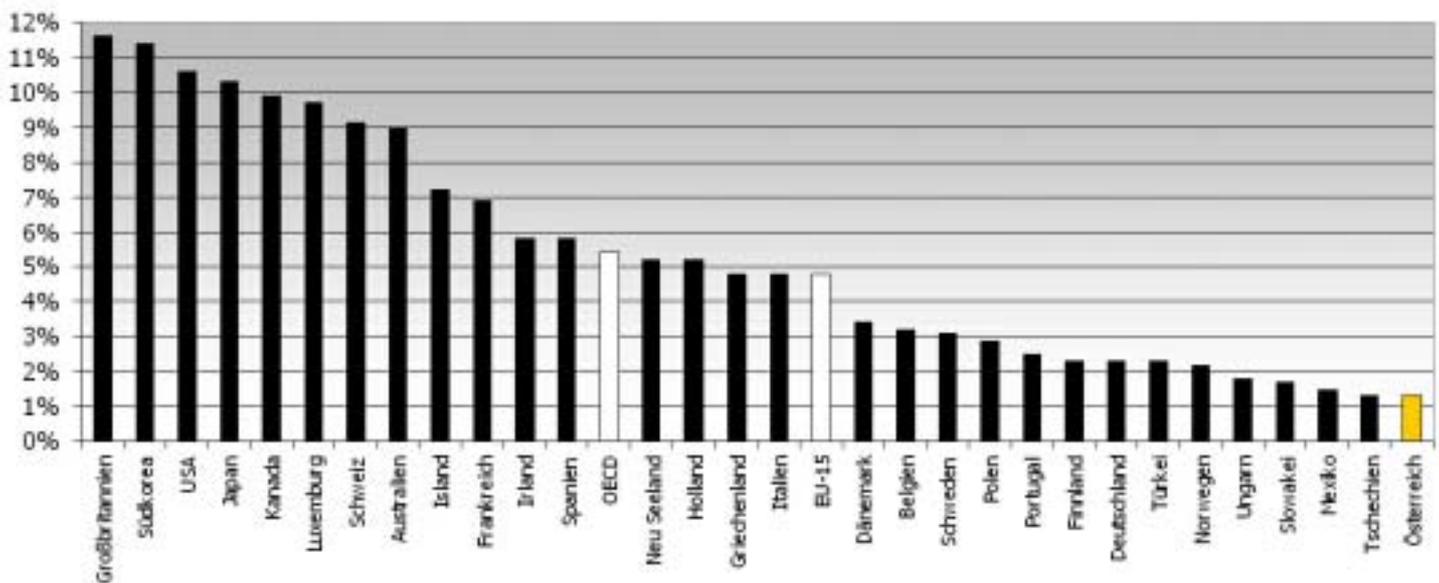
## Beitrag der Gewinnsteuern zum Gesamtabgabenaufkommen: Österreich Vorletzter

Quelle: OECD Revenue Statistics, Grafik: Attac



## Beitrag der Vermögenssteuern zum Gesamtabgabenaufkommen: Österreich Letzter

Quelle: OECD Revenue Statistics, Grafik: Attac





# Steuergerechtigkeit

Von Mag.a Margit Appel (Katholische Sozialakademie Österreich)

*Aus ethischer Perspektive sind gerechte Strukturen und Rahmenbedingungen die Voraussetzung für menschenwürdiges Leben, die Basis für gesellschaftliche Teilhabe und damit das Hauptziel von Politik. Steuern sind ein zentrales Instrument zur Erreichung dieses Ziels. In diesem Sinn sind sie gerecht, auch wenn es ständig gesellschaftliche Aushandlungsprozesse braucht, um zu "gerechteren" Steuern zu kommen. Gegenstand solcher Aushandlungsprozesse muss sowohl die Evaluation vereinbarter Ziele sein (Vermeidung von Armut, Verteilungsgerechtigkeit als auch die Perspektive, Dinge zu bewegen (Innovation zu fördern, Wirtschaftsprozesse in Richtung Nachhaltigkeit zu lenken, veränderte Geschlechterrollen zu fördern und abzuschwächen). Steuern sollen steuern!*

Der "schlanke Staat" kann kein Selbstzweck sein. Es würden ihm die Mittel fehlen, um gerechte Strukturen und Rahmenbedingungen schaffen und erhalten zu können. Er hätte zuwenig Macht um den ständigen Interessensausgleich zwischen gesellschaftlichen Gruppen "moderieren" zu können. Er hätte zuwenig Legitimität, weil dafür das Maß an verwirklichter Gerechtigkeit entscheidend ist. Der Staat sollte vielmehr ein "vermögender" Staat sein, der nicht zuletzt auch durch die Mittel, über die er verfügt "vieles vermag".

Die soziale Verantwortung von Unternehmen, durch die Kampagne "Corporate Social Responsibility" der Industriellenvereinigung in letzter Zeit ein gepushtes Thema, sollte sich gerade auch an der Selbstverständlichkeit zeigen, mit der Unternehmen bereit sind, die Qualität ihres

"Standortes" - der gleichzeitig der Lebensort ihrer Führungsverantwortlichen und ihrer MitarbeiterInnen ist - mitzufinanzieren, z.B. durch entsprechende Unternehmenssteuern. Spenden und Sponsoringaktivitäten von Unternehmen sollten das öffentlich verfügbare Steueraufkommen nicht verringern; die Politik darf als legitimierte Verteilungsinstanz nicht ausgeschaltet und geschwächt werden. Einstellungen wie die von Werner Schneyder ("Ich zahle viel und gerne Steuern damit ich nicht spenden muss!") sollten nicht nur für Einzelne, sondern auch für Unternehmen Vorbildwirkung haben.

Im Steuerdiskurs ist der Begriff der Leistungsfähigkeit zentral. Im gängigen Verständnis heißt das: jene mit höheren Einkommen tragen einen größeren Anteil an der "Steuerlast". Es sollte aber konsensfähig sein zu sagen, dass diejenigen mit höheren Einkommen mehr Steuern zahlen weil sie einen größeren Vorteil aus steuerfinanzierter Infrastruktur und öffentlichen Gütern ziehen können / konnten! Besitz, Vermögen, hohe Erwerbseinkommen entstehen nicht ohne erhebliche gesellschaftliche Vorleistungen und sind auch in demokratischen Rechtsstaaten nicht losgelöst von patriarchalen und machtbesetzten Denkmustern. Von diesem Zusammenhang her gedacht, ist die Besteuerung von Besitz und Vermögen gerecht, weil es in keinsten Weise dem Gemeinwohl dient, "Gelddynastien" zu fördern. Damit Freiheit nicht ein Privileg der Einkommensstarken ist! ■



MAG.A MARGIT APPEL



# Frauen, Männer und Steuergerechtigkeit

Von Sybille Pirklbauer (Politologin; Mitglied der Attac Steuergerechtigkeitsgruppe, derzeit Referentin in der AK-Wien)

*Wie Wirtschaftspolitik generell, werden auch Steuer- und Budgetpolitik weithin als „geschlechtsneutral“ aufgefasst. Erst durch die nunmehr diskutierten Ansätze der geschlechtergerechten Budgetgestaltung wird deutlich, dass staatliche Einnahmen und Ausgaben geschlechtsspezifische Wirkungen haben.*

Steuern sind das wesentlichste Mittel, öffentliche Einnahmen zu lukrieren und damit eine zentrale Basis für die Finanzierung des Sozialstaates zu schaffen. Dessen Leistungen sind für Frauen besonders bedeutsam: wegen des großen Anteils an der Pflege- und Betreuungsarbeit sind sie in höherem Ausmaß als Männer auf soziale Infrastruktur angewiesen (Kinderbetreuung, Pflegeeinrichtungen usw.). Und weil Frauen im Schnitt noch immer um mehr als ein Drittel weniger verdienen als Männer, sind sie stärker für ihre Existenzsicherung auf soziale Transfers angewiesen. Die Erosion der Finanzierungsbasis des Sozialstaates durch den Steuerwettlauf hat somit geschlechtsspezifische Bedeutung. Ebenso sind die Strukturen der Einnahmen nicht geschlechtsneutral. Steuergerechtigkeit ist somit auch eine Frage von Gendergerechtigkeit, Reformoptionen müssen daran gemessen werden, ob sie zur Gleichstellung von Frauen und Männern beitragen.

Vordergründig erscheint zumindest bei der Besteuerung der Arbeit dieses Prinzip berücksichtigt. Entsprechend dem Grundsatz der Leistungsfähigkeit werden durch den progressiven Tarif der Lohn- und Einkommenssteuer niedrige Einkommen weniger besteuert als hohe. Seit der Steuerreform 2005 zahlen jene, die weniger als 1.100 Euro brutto im Monat verdie-

nen, gar keine Steuer mehr. In der Praxis bedeutet das geringere oder keine Steuern für viele Frauen. Bei näherer Betrachtung relativiert sich dieser positive Eindruck – vor allem, wenn das gesamte österreichische Abgabensystem in die Betrachtung mit einbezogen wird.

Innerhalb der Lohnsteuer wird die Progression durch steuerliche Begünstigungen häufig durchbrochen, davon profitieren Männer nachweislich wesentlich häufiger. Zudem sind niedrige Einkommen vorwiegend durch Sozialversicherungsbeiträge belastet. Und mit dem seit der Steuerreform um die Kinderzuschläge erhöhten Alleinverdiener-Absetzbetrag werden konkrete Anreize für eine traditionelle Arbeitsteilung gesetzt, die Frauenerwerbstätigkeit tendenziell hemmen.

Wesentlich problematischer ist jedoch die Wirkung anderer Steuern. So hat der geringere Verdienst von Frauen zur Folge, dass sie weniger sparen können und einen größeren Teil ihres Einkommens konsumieren müssen. Damit sind sie stärker von der Umsatzsteuer betroffen, die immerhin ein Drittel des Steueraufkommens ausmacht. Andererseits kommen Frauen wegen der mangelnden Sparmöglichkeit seltener in den Genuss der niedrigen Kapitalertragsbesteuerung und erst recht kaum zur Nutzung der Steuerprivilegien von eigenützigen Privatstiftungen. Von den TOP 50, die diese Begünstigung für die wirklich Reichen in Anspruch nehmen, sind nur sieben Frauen. (1)

Ansonsten gibt es über den Reichtum in Österreich auf Grund des strikten Bankgeheimnisses kaum Informationen, der erstmals erstellte Vermögensbericht des Sozialministeriums gibt jedoch einige



SYBILLE PIRKLBAUER



Anhaltspunkte. Zum ersten, dass Vermögen in Österreich mittlerweile das Vierfache des Bruttoinlandsprodukts ausmachen. Zum zweiten, dass dieses Vermögen entgegen landläufigen Meinungen sehr ungleich verteilt ist. Nur ein Prozent der Bevölkerung besitzt ein Drittel allen Vermögens, die nächsten 9% ein weiteres Drittel. Die restlichen 90% teilen sich das letzte Drittel. Personenbezogene Angaben enthält die Studie auf Grund ihrer Methodik nicht.

Eine kleine Annäherung lässt sich jedoch über die Einkommenssteuerstatistik herstellen. Dort zeigt sich, dass sich unter den 60.000 am besten Verdienenden (die Top-1%) nur 13 % Frauen finden, von den obersten 600.000 (Top-10 %) sind 22% weiblich. Nachdem hohe Einkommen die Voraussetzung für Vermögensbildung ist, kann daraus geschlossen werden, dass Frauen unter den VermögensbesitzerInnen deutlich unterrepräsentiert sind. Steuerlich günstige Regelungen für Reiche wie niedrige Kapitalertragssteuern, die steuerlichen Begünstigungen der eigenützigen Privatstiftungen oder die Abschaffung der Vermögenssteuer 1993 können somit als vorwiegend männliche Privilegierung gelten.

Dazu kommt, dass von den drei Vermögensarten Geld, Immobilien und Unternehmen letztere mit Abstand am ungleichsten verteilt sind: die unteren 90% der Bevölkerung haben keinerlei Anteil daran. Anders gesagt: Für sie ist die zunehmende Entsteuerung von Konzernen eine Last in Form fehlender Sozialstaatsfinanzierung, ohne eine Entlastung ihres eigenen Einkommens. Die Senkung der Körperschaftssteuer und die Gruppenbesteuerung, die massive Steuerausfälle verursachen, betreffen Frauen besonders negativ.

Attac erhebt in ihrer Kampagne „Fair Steuern – Mehr für Alle“ die Forderung nach der Wiedereinführung einer Vermögenssteuer, einer einheitlichen Unternehmensbesteuerung auf EU-Ebene, sowie die Gleichbehandlung von Arbeits- und Kapitaleinkommen. Diese Forderungen gehen nicht nur in Richtung mehr Steuergerechtigkeit, sondern auch in Richtung mehr Gendergerechtigkeit. ■

1) ÖGPP: Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich; 2004

## Mythos Standortwettbewerb – müssen wir uns wirklich fürchten?

Von Christian Felber (Gründungsmitglied ATTAC Österreich; dzt. Publizist)

*In letzter Zeit häufen sich öffentliche Drohungen von PolitikerInnen, Industriekapitänen und neoliberalen ÖkonomInnen, dass diese oder jene politische Maßnahme, dieses oder jenes „wohl erworbene Recht“ den Standort Österreich gefährde. Dabei geht es meist um Löhne, Arbeitszeit, Pensionen, Umweltschutz, Mitbestimmung oder Steuern auf Kapital und Vermögen – also lauter demokratische Errungenschaften, die im Interesse der Allgemeinheit oder zumindest der Mehrheit der Bevölkerung liegen.*

Demokratisch wären diese angeblichen „Standorthindernisse“ auch nicht zu beseitigen, also bedarf es einer „force majeure“, einer höheren Macht, vor der die Menschen Angst entwickeln und in der Folge das Gewünschte loslassen. Die Abwanderung von Unternehmen und die Beschädigung des Standorts dienen als universale Drohung, um harte Maßnahmen wie Lohnkürzungen, Sozialabbau oder Steuersenkungen für Konzerne durchzusetzen. Zum Teil sind die Drohungen leer, zum Teil real. Am Bereich Steuern sei dargelegt, was dran ist und was nicht.



CHRISTIAN FELBER



1. Die Unternehmensgewinne sprudeln wie selten zuvor. In Deutschland ist die Profitquote so hoch wie zuletzt 1971. Die 30 DAX-Unternehmen haben ihre Gewinne 2004 auf 60 Milliarden Euro verdoppelt, in dem Jahr also, in dem einige von ihnen am lautesten geschrien haben, sie verlor an Konkurrenzfähigkeit. Das beste Beispiel ist die Deutsche Bank: Gewinn von 2,5 Milliarden Euro. In Österreich ist der Anteil der Gewinne und Kapitaleinkommen am Volkseinkommen seit Ende der siebziger Jahre um 15 Prozentpunkte gestiegen: von 27 auf 42% (im gleichen Ausmaß sank der Anteil von Löhnen und Gehältern). Kleine Einschränkung: Nicht allen Unternehmen geht es gut. Die, die nicht abwandern können, die klein- und mittelständische Wirtschaft, zählt tendenziell zu den Verlierern der Globalisierung und Standortkonkurrenz.

2. Steuern sind nur ein Standortfaktor von vielen. (Die Körperschaftsteuer macht nur 1% der gesamten Unternehmenskosten aus.) Mindestens genauso wichtig sind: kaufkräftige Absatzmärkte, gute Ausbildung der Arbeitskräfte, hohe Produktivität, Investitionen in die Forschung und Entwicklung, sozialer Friede (keine Streiks, Existenzsichernde Löhne und Pensionen), politische Stabilität (Sozialpartnerschaft), Rechtssicherheit sowie Umwelt- und Lebensqualität. Österreich kann hier überall hoch punkten.

3. Über Löhne und Steuern wird Österreich den Wettbewerb nie gewinnen, weil wir erstens keine Chance gegen Steueroasen oder Niedriglohnländer haben und zweitens damit unsere anderen Standortvorteile untergraben: Senken wir die Löhne, sinkt die Kaufkraft und die Nachfrage, Investitionen lohnen sich nicht mehr, die Wirtschaft erlahmt. Streichen wir Steuern für Konzerne und Vermögende, ist kein Geld mehr in den öffentlichen Kassen, es verlottert die technische und soziale Infrastruktur. Die

Qualität des Bildungssystems wird sich verschlechtern – der allerwichtigste Standortfaktor. Und die Umweltqualität wird sich bei leeren öffentlichen Kassen ebenfalls nicht von selbst verbessern. Schließlich sind der soziale Friede und die politische Stabilität in Gefahr – hier macht Österreich erste Erfahrungen.

4. Wie unnötig die Senkung der KÖSt von 34 auf 25% und die Einführung der Gruppenbesteuerung war, zeigt der internationale Ist-Vergleich: Österreich ist sowohl bei der Unternehmensbesteuerung als auch bei der Vermögensbesteuerung Schlusslicht bzw. Vorletzter in der EU-15 (s. Grafiken). Bei der effektiven Unternehmensbesteuerung (nomineller Satz minus Abschreibungen, Freibeträge etc.) waren wir laut KPMG schon vor der Steuerreform niedriger als die Slowakei. Mehrere Studien haben ergeben, dass die effektive KÖSt in Österreich bei 18% lag – vor der Reform.

Lösungen? So wie die EU eine Zoll- und eine Währungsunion geschaffen hat, braucht es auch eine Steuerunion bei mobilen Faktoren: vor allem den Unternehmensgewinnen. Um Vermögen effizient besteuern zu können, genügt der Datenaustausch. Das am häufigsten gebrachte Argument, dass die neuen Beitrittsländer keine andere Möglichkeit hätten, Staatseinkommen zu lukrieren als durch Steuerdumping und Abwerben von Konzernen aus Westeuropa, ist irrig: Durch den Steuerwettbewerb verlieren alle. Bei Steuerharmonisierung würden insgesamt mehr Mittel zur Verfügung stehen, die stärker in die neuen Beitrittsländer umverteilt und zum Aufbau der Infrastruktur verwendet werden könnten. ■



# Ein Steuersystem der Reichen für die Reichen

*Jährlich Steuerverluste durch Steueroasen:  
203 Milliarden Euro*

Von Karin Küblböck (Attac Österreich)

*Steueroasen sind ein wesentlicher Faktor in der finanzgeleiteten Globalisierung. Dabei handelt es sich laut OECD-Definition um Staaten, die keine oder niedrige Steuersätze aufweisen, wo es mangelhaften Informationsaustausch mit anderen Steuerbehörden sowie mangelhafte Offenlegungspflichten gibt. Außerdem fehlt es an ernsthaften Bemühungen, die rein steuerlichen Investitionsanreize zu verringern.*

In Steueroasen gibt es niedrige oder gar keine Einkommens-, Körperschafts-, Erbschafts-, Schenkungs- und Zinsertragssteuern. Das strenge Bankgeheimnis garantiert Steuerflüchtlingen den Schutz vor Steuerbehörden. Laut UNO gibt es derzeit 55 Steueroasen, mit insgesamt 2,5 Millionen Unternehmensniederlassungen. Alleine das 2001 spektakulär in Konkurs gegangene Unternehmen Enron unterhielt 881 Teilfirmen in Steueroasen (Küblböck/Obermayr, 2002). Laut Schätzungen von Tax Research Limited beträgt alleine das von „High Net Individuals“ (Menschen, die über eine Million US \$ besitzen) in Steueroasen gehaltene Vermögen 11,5 Billionen US\$. Diese Summe übersteigt den Wert des jährlichen Welthandels mit Waren und Dienstleistungen, der sich 2003 auf 9,2 Billionen US\$ belief (WTO 2004).

Mehr als 70 % der in Offshore-Zentren lagernden Gelder werden auf Steuerhinterziehung zurückgeführt (Fritz, 2000, 1). Die Existenz von Steueroasen, gekoppelt mit liberalisierten Finanzmärkten, verstärkt den Steuerwettbewerb der Staaten nach unten. Genutzt werden Steueroasen sowohl von Banken, institutionellen

Anlegern, multinationalen Konzernen als auch von vermögenden Privatpersonen.

Steueroasen bieten weiters optimale Bedingungen für risikoreiche Geschäfte - wie zum Beispiel besonders riskante Spekulationsgeschäfte - oder für Geldwäsche von Einkünften aus kriminellen Aktivitäten wie Menschen- Drogen- oder illegalem Waffenhandel.

Um Steuern zu vermeiden und Steuerbehörden zu täuschen werden Unternehmen immer einfallreicher. Ganze Abteilungen kümmern sich darum, dass hier die Ideen nicht ausgehen. So unterhalten viele Großkonzerne in Steueroasen so genannte Briefkastenfirmen, mittels „kreativer“ Buchhaltung werden Gewinne in Steueroasen ausgewiesen, wo sie kaum versteuert werden, im Heimatland scheinen Verluste auf und können von der Steuer abgezogen werden. So hat das Unternehmen „Enron“ zwischen 1997 und 2000 600 Millionen Dollar als Profite ausgewiesen, dennoch in 4 von 5 Jahren keine Einkommenssteuer gezahlt, sondern sogar 381 Millionen an Steuerrückerstattung erhalten (Küblböck/Obermayr, 2002).

Nach konservativen Schätzungen entgehen Regierungen durch die Existenz von Steueroasen pro Jahr 255 Mrd. US\$ an Steuereinnahmen - diese Zahl ist sehr wahrscheinlich viel höher, da sie Steuerverluste durch in Steueroasen ausgewiesene Unternehmensprofite noch nicht beinhaltet. Mit diesem Geld stünden jede/r Welt-BewohnerIn jene 30-40 Dollar zur Verfügung, die von der Weltgesund-



KARIN KÜBLBÖCK



heitsorganisation als Minimalerfordernis für Gesundheitsversorgung definiert wird, um die weltweite Armut auf Dauer zu verhindern.

Die Schließung der meisten Steueroasen ist einfacher als gemeinhin angenommen; sie sind in der Regel Hoheitsgebiete von Industrieländern. Großbritannien (z.B. Kanalinseln, Kaiman Inseln) und die USA (z.B. Jungferninseln, Samoa), sind hier ebenso zu nennen wie Luxemburg oder Liechtenstein. Doch auch die Kapitalzentren selbst besitzen solche Kriterien. So gelten etwa in Manhattan oder in der City of London andere rechtliche Rahmenbedingungen als im Rest von New York oder London. Beide Standorte nähern sich durchaus dem Status von Steueroasen an. Eine Schließung der Steueroasen würde zu einer Senkung der überschüssigen Liquidität auf den Finanzmärkten führen, weil das Kapital einer regulären Besteuerung unterzogen würde.

#### **Wichtige Schritte für eine Trockenlegung wären:**

- Die Einführung einer lückenlose Berichtspflicht der Steueroasen über sämtliche Einkommen von ausländischen AnlegerInnen, damit diese, nach den im jeweiligen Land geltenden Bestimmungen, besteuert werden können.
- Für Steueroasen, die sich keinen Regeln unterwerfen möchten, gäbe es die Möglichkeit, den Kapitalverkehr für diese Gebiete einzuschränken, bzw. mit beträchtlichen Transaktionssteuer zu belegen
- Stammländer können jenen Unternehmen, die in Steueroasen Filialen unterhalten, die Lizenz entziehen. Die meisten in Steueroasen ansässigen Firmen sind ja Tochtergesellschaften von Konzernen mit Hauptsitz in einem Industrieland.

#### **Literatur**

- Attac Österreich (2005): Globale Steuergerechtigkeit, Positionspapier, [www.attac.at](http://www.attac.at)
- Attac Deutschland (o.J.): Zahlen und Fakten über Steueroasen, [www.attac.de/steuerflucht/zahlfak.php](http://www.attac.de/steuerflucht/zahlfak.php)
- Fritz, Thomas, Mattis Hahn, Philipp Hersel (2000): Kapital auf der Flucht - Offshore-Zentren und Steueroasen, Hg: Blue 21 und Stiftung Umverteilen!, Berlin  
<http://www.blue21.de/OffshoreZentren.htm>
- Huffschmid, Jörg (2002): Politische Ökonomie der Finanzmärkte, VSA, Hamburg
- Küblböck, Karin, Obermayr, Bernhard (2002): Reichtum schafft Institutionen, in: Was Reichtümer vermögen, Mandelbaum, Wien
- Oxfam (2000): Tax Havens: Releasing the Hidden Billions for Poverty Eradication", [www.oxfam.org.uk/policy/papers/taxhvn/tax.htm](http://www.oxfam.org.uk/policy/papers/taxhvn/tax.htm)
- Oxfam (2002): Global Finance Hurts the Poor, [www.oxfamamerica.org/publications/art2613.html](http://www.oxfamamerica.org/publications/art2613.html)
- Tax Justice Network (2005): The Price of offshore  
[http://www.taxjustice.net/e/press/Price\\_of\\_Offshore.pdf](http://www.taxjustice.net/e/press/Price_of_Offshore.pdf)
- WTO (2004) Press Release World Trade  
[http://www.wto.org/english/news\\_e/pres04\\_e/pr386\\_e.htm](http://www.wto.org/english/news_e/pres04_e/pr386_e.htm)

# Vortragsreihe des OeNWE - Österreichisches Netzwerk Wirtschaftsethik Veranstaltungen 2005

Ort: iv, 1031 Wien, Schwarzenbergplatz 4  
Zeit: 18.30 Uhr (**pünktlich**) bis 20.30 Uhr  
Form: 20-minütiges Impulsreferat mit anschließender Diskussion  
Moderation & Konzeption: Dr. Eugen-Maria Schulak (Mitglied Ethik-Beirat des OeNWE)

7. Juni Dr. Herbert Unterköfler  
(Managing Partner Korn/Ferry)  
**Konsumentenverhalten und Wirtschaftsethik**

---

5. Juli Univ. Doz. Dr. Manfred Füllsack  
(Autor des Buches „Leben ohne zu arbeiten“)  
**Leben ohne zu arbeiten?**

---

6. September Univ.-Prof. Dr. Karl Kollmann  
**Verbraucher und „Ethik am Markt“**

---

4. Oktober Dr. Reinhard Schanda  
**Liberalisierung von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge  
Wie weit reicht die Aufgabe des Staates?**

---

8. November a.o.Univ.-Prof. Dr. Christian Friesl  
**"Erfolg mit Verantwortung? CSR in Österreich"**

---

6. Dezember Andreas Reinisch  
**Reflexion über die Seele des Unternehmens  
(mit Videopräsentation)**

---

Die Teilnahme an den Veranstaltungen ist kostenlos. Um Anmeldung wird gebeten: [info@oenwe.com](mailto:info@oenwe.com)  
Österreichisches Netzwerk Wirtschaftsethik, Gentzgasse 121/2, A-1180 Wien, Österreich  
Tel: +43 (1) 479 978 4, Fax: +43 (1) 479 978 4

# United Responsibility...

Von Andreas Reinisch (Mitinitiator von TRIGOS)

...ja ich wünsche mir, trotz unterschiedlicher Gesinnung und trotz österreichischer Farbenlehre, **bei dem Thema CSR in Österreich eine parteipolitische gemeinsame Vorgehensweise**. Ich möchte nicht mitpolitisieren und es geht mir auch nicht um einen homogenisierten Einheitsbrei. Jedoch geht es mir um ein buntes Gewebe der „**Einheit in der Vielfalt**“ – mit ebenso großer Bedeutung der Vielfalt wie der Einheit. Also um den **Universalismus der Gemeinsamkeiten** beim Thema CSR in den im Parlament vertretenen politischen Parteien. Wir sollten doch zu aller erst die Gemeinsamkeiten, auch oder gerade, in den parteipolitischen Programmen finden und dann erst die Unterschiedlichkeiten. Was vereint ALLE und ist eine interkulturelle Verständigung möglich!? Auf der Inhaltsebene sollte ein durchaus kontroversieller Austausch möglich sein. Die Diskussion sollte im Sinne des Pluralismus auf eine integrale Ebene verlagert werden. Den nur das **Zusammenwirken führt zu einem größerem Ganzen** – mit eigenen, neuen Aspekten, das sich nicht aus den Einzelheiten, sondern nur aus der Gesamtwirklichkeit ALLER heraus entwickeln kann.

**Bei CSR gibt es die sogenannten „Haves“ = gelebte CSR und die „Must Haves“ = na ja.**

Als Mitinitiator von Trigos freue ich mich über die vielen eingereichten und ausgezeichneten CSR-Projekte, die aus gelebter CSR kommen oder oftmals zur gelebten CSR führen.

Es geht meines Erachtens um das **BewusstSEIN der Menschen in den Unternehmen**, sei es unternehmergeführt oder managementgeführt. Trotz aller Zahlengetriebenheit geht es um das Bewusstsein zur Folgenverantwortung in und mit der Gesellschaft und Wirtschaft!

Wie komme ich vom Macher zum Gestalter!? Es muss nicht erst das jeweilige moralische Sodbrennen Änderungen herbeiführen! Es muss nicht erst der Leidensdruck gleich hoch sein und es muss nicht nur erst Betroffenheit Engagement erzeugen...

**Es geht um ein bewusstes SEIN** in allen Dimensionen: **in der Wahrnehmung, im Fühlen, im Denken und im Handeln**, aus dem eben alles heraus folgt. Und dies wiederum in bezug auf uns selbst, in bezug auf die nähere soziale Gemeinschaft, in bezug auf die Politik großer sozialer Gruppen und in bezug auf die Mitwelt alles Lebendigen und der Umwelt. Dies betrifft alle personalen wie gesellschaftlichen Prozesse, ganz besonders auch die wirtschaftlichen. Unser heutigen Kosten-Nutzenrechnungen sind vorwiegend falsch, weil sie wesentliche Parameter (wie z.B. die **Nachhaltigkeit**) ausblenden. Viele Manager haben Angst – aus dem Sicherheitsbedürfnis. **Was sind die Kosten der Angst?** Und wie verbinde ich das menschliche Sein und das wirtschaftliche Tun!?

Die ökologische Verantwortung, die soziale Gerechtigkeit und der wirtschaftliche Erfolg ergeben sich aus diesem **bewussten SEIN**. Da braucht es in Wirklichkeit keine Gebote, Normen, Regeln. Oh doch eine – die „**Goldene Regel**“: **Was du nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem anderen zu.**“ (Weltethos)

**Jeder nachhaltigen Veränderung im Außen, muss eine Veränderung im Innen vorgehen.** Deshalb schlage ich einen **BewusstSEINs(aus)-bildungsprozess** in der frühkindlichen Erziehung, in den Bildungssystemen, den Wirtschaftssystemen und den politischen Systemen vor.

**Die Initiative CSR-Austria, Trigos, OeNWE und noch viele andere Initiativen verstärken den Wertewandel**



ANDREAS REINISCH

**und die notwendige Bewusstseinsveränderung in Österreichs Wirtschaft und Gesellschaft.** Und darüber freut sich meine Tochter...

Danke - den Morgen ist die Gegenwart der Zukunft. ... ■

Nach der Serie CSR in Kooperation mit der CSR Experts Group der UBIT/Wirtschaftskammer Österreich, die hiermit beendet ist, eröffnen wir nun die nächste Serie zum Thema CSR in Zusammenarbeit mit der NGO PRVA (Public Relations Verband Austria). Einleitend legt Leiter und Sprecher dieser Arbeitsgruppe CSR innerhalb des PRVA Leo Hauska die Intention und Positionen dieser Arbeitsgruppe dar. Weiters

präsentieren wir das Grundlagendokument der Arbeitsgruppe CSR der PRVA. Wir freuen uns auf einen Dialog mit NGOs und der Zivilgesellschaft und laden diese gerne zum Dialog ein.

Christian Neugebauer

## Was haben Public Relations mit CSR zu tun?

Von Leo Hauska (Leiter der Arbeitsgruppe CSR im PRVA/Public Relations Verband Austria)

*Die Vorstellungen über Public Relations gehen auch heute noch weit auseinander. Daran konnte die in den letzten Jahren erfolgte Professionalisierung der Branche wenig ändern. Im Gegenteil. Sie führte zu einer Diversifizierung, die heute mehr denn je bestätigt: unter PR wird sehr vieles verstanden. Neben Kommunikationsmanagement oder Stakeholder Relations sind das u.a. Public Affairs, Lobbying, Internal Relations, Issues Management, Change Management, Pressearbeit und – nach wie vor – Publicity oder Promotions. Außer Streit steht eigentlich nur eines: Die Bedeutung von Public Relations nimmt zu. Kaum eine Organisation kann oder will sich heute leisten, darauf zu verzichten.*

Noch unklarer ist das aktuelle Bild über Corporate Social Responsibility. Ist das ein neuer Name für verantwortungsvolle Projekte? Ist es das gleiche wie Corporate Citizenship oder Social Sponsoring? Was hat CSR mit Nachhaltigkeit zu tun? Wen betrifft das und wer soll sich darum kümmern? Handelt es sich um einen Modebegriff, eine Mogelpackung, einen Managementansatz oder ein neues Konzept für Gesellschaftspolitik bzw. gesellschaftliche Beziehungen?

Wenn zwei so verschieden interpretierte Begriffe wie PR und CSR miteinander in Verbindung gebracht werden, führt das zu

einer Vielzahl von möglichen Bezügen, Schlussfolgerungen und Empfehlungen. Die Diskussion darüber führte sogar zur Warnung vor PR-Leuten. Grund genug, sich mit diesem Thema eingehend auseinander zu setzen, und zwar transparent und öffentlich.

Der Public Relations Verband Austria hat im Dezember des Vorjahres einen CSR-Arbeitskreis gegründet. Dabei handelt es sich um einen offenen Arbeitskreis, der auch für Nicht-PRVA-Mitglieder zugänglich ist. Das erste gemeinsame Projekt war die Erarbeitung eines Positionspapiers. Darauf aufbauend werden Arbeits- und Ausbildungsunterlagen erstellt. Gleichzeitig wird mit anderen Initiativen an einem gemeinsamen CSR-Verständnis in Österreich gearbeitet und es werden die notwendigen Grundlagen für ein professionelles CSR-Management entwickelt.

### Was ist nun die Rolle von PR im Rahmen von CSR?

CSR ist ein Prozess. Abseits von – wenn auch tollen – Einzelprojekten oder Selbstdarstellungen geht es bei „tatsächlicher“ Corporate Social Responsibility um einen ganzheitlichen Zugang im Sinn einer Verantwortungsbilanz. Das Besondere daran ist, dass diese Bilanz gemeinsam mit



LEO HAUSKA

PRVA

den mit der Organisation vernetzten Bezugsgruppen erstellt wird. Es geht also um ein gemeinsames „Verantwortungs-Management“ von und in bestimmten gesellschaftlichen Netzwerken und damit um neue Formen und Dimensionen der Stakeholder Relations. Die fachliche Zuständigkeit für das Beziehungsmanagement mit unterschiedlichen Öffentlichkeiten (Bezugsgruppen, Stakeholder) ist bei Public Relations angesiedelt. Daraus leitet sich auch eine Zuständigkeit für das CSR-Management ab. Wer seine PR-Abteilung bisher nur für Informations- oder gar Promotions-zwecke genutzt hat, sollte dies entweder ändern oder auch CSR woanders ansiedeln: bei HR, Controlling, F&E – oder einer neu zu etablierenden Stabstelle. Wichtige Voraussetzung für den Erfolg ist, dass CSR eine vom Vorstand nicht nur akzeptierte, sondern getriebene Strategie ist. Die verantwortliche Stelle muss daher direkt dem Vorstand unterstehen. Weiters muss sie in der Lage sein, alle Unternehmensbereiche zusammenzufüh-

ren und in das CSR-Management zu integrieren. Wer immer dazu innerhalb einer Organisation die besten Voraussetzungen mitbringt, hat auch die beste Qualifikation für die Steuerung des CSR-Managements.

In diesem Zusammenhang ist dem Glocalist zu danken, dass er sich als Plattform für einen umfassenden CSR-Diskurs zur Verfügung stellt. In der vorliegenden Ausgabe finden Sie das Positionspapier des PRVA. In den folgenden Nummern werden CSR-Experten des Verbandes spezifische Aspekte der CSR aus ihrem Blickwinkel darstellen. Wir freuen uns auf eine angeregte und verantwortungsvoll geführte Diskussion – und laden natürlich zur Mitarbeit in unserem offenen Arbeitskreis ein. Interessenten sind gebeten, sich unter Angabe ihres CSR-Bezugs bzw. Informationen über ihre CSR-Erfahrung anzumelden bei:

[leo.hauska@hauska.net](mailto:leo.hauska@hauska.net) ■

UNABHÄNGIGE + 100 %  
SUBVENTIONSFREIE  
WOCHENZEITUNG  
SUCHT  
UNABHÄNGIGE  
ABONNENT(EN)/-INNEN



HIER KLICKEN >>



# Positionspapier zu CSR

CSR-Arbeitskreis im PRVA, 8.3.2005

*Corporate Social Responsibility betrifft alle, die in der Public Relations tätig sind. Allerdings gibt es in Österreich noch eine Diskussion darüber, was CSR genau ist und welche Rolle PR dabei einnimmt. Der PRVA wird daher Aufklärungsarbeit leisten und seine Mitglieder bei der Planung und Durchführung von CSR-Programmen unterstützen.*

Die EU-Kommission definiert CSR als „ein Konzept, das den Unternehmen als Grundlage dient, auf freiwilliger Basis soziale Belange und Umweltbelange in ihre Unternehmens-tätigkeit und in die Wechselbeziehungen mit den Stakeholdern zu integrieren.“ CSR ist also ein Management-Ansatz: Durch sozial, ökologisch und ökonomisch verantwortliches unternehmerisches Handeln werden „Win-Win-Situationen“ zwischen Beteiligten und Betroffenen geschaffen. Das umfasst alle Unternehmensbereiche und Bezugsgruppen. Wesentlich für den Erfolg ist daher ein professionelles Beziehungsmanagement gegenüber internen und externen Stakeholdern. Bei dieser Kernaufgabe der Public Relations müssen PR-Manager und -Berater ihre Verantwortung wahrnehmen.

Das Thema CSR hat heute eine hohe Priorität auf der Agenda internationaler Akteure wie EU, UNO, WHO, OECD oder ISO. Viele Unternehmen erkennen, dass verantwortliches Verhalten zu nachhaltigem Unternehmenserfolg führt. Auch wichtige österreichische Organisationen sehen CSR bereits als notwendige Strategie für eine zukunftsorientierte Wirtschaft und engagieren sich für entsprechende Projekte. Der PRVA begrüßt diese Entwicklung und wird sie nach besten Kräften unterstützen. Ein gemeinsames Verständnis von CSR ist dafür besonders wichtig.

Es kann gar nicht oft genug klargestellt werden: CSR ist nicht gleich Sponsoring. Es geht auch nicht um ein Aufrechnen von Unternehmensgewinnen mit Charity-Aktionen. Ebenso bestehen PR-Leistungen nicht nur im Aufbereiten von Nachhaltigkeitsberichten. CSR ist vielmehr ein Ansatz, der gesellschaftliche Beziehungen so organisieren will, dass sich unternehmerisches Handeln aus eigenem Antrieb und zum eigenen Vorteil an gesellschaftlichen Wertehaltungen ausrichtet. CSR basiert damit auf wesentlichen Grundsätzen der Public Relations hinsichtlich Verständnis, Interessensausgleich und Dialog.

## Wichtige Grundvoraussetzungen für professionelle CSR:

- Strategische Planung
- Identifikation und Einbeziehung der Interessen aller Stakeholder
- Professionelles Beziehungsmanagement zu internen und externen Stakeholdern
- Verknüpfung der Ergebnisse dieses Beziehungsmanagements mit der laufenden Unternehmenstätigkeit und -entwicklung
- Integration von Experten aus den Bereichen Umwelt, Gesundheit, Sicherheit, Personalführung, Organisationsentwicklung, u.a.m.
- Positionierung als Vorstandsaufgabe

Hier sind alle PR-Manager und PR-Berater gefordert – auch, um solche Prozesse zu initiieren und anzuregen. Der PRVA setzt sich für eine rasche Weiterentwicklung von CSR in Österreich ein und hat dafür einen eigenen Arbeitskreis eingerichtet.

## Ziele dieses Arbeitskreises sind:

- Bewusstseinsbildung für die Wichtigkeit von CSR
- Orientierung hinsichtlich der Rolle von PR bei CSR-Prozessen
- Aus- und Weiterbildung sowie Unterstützung von Forschungsprojekten

Darüber hinaus engagiert sich der PRVA für einen Dialog zwischen den verschiedensten CSR-Akteuren – denn letztlich geht es bei Corporate Social Responsibility um eine gemeinsame Verantwortung. ■

# Förderungen Stadt St. Pölten

1	Gesundheit	25
1.1	Gesunde Stadt - St. Pölten	25
2	Umwelt	25
2.1	Alternative Energie (Solarenergie, Photovoltaik, Wärmepumpen)	26
2.2	Energieberatung der Landeshauptstadt St. Pölten	26
2.3	Lärmschutzmaßnahmen	26
3	Soziales	26
3.1	Jugendförderung	27
4	Wirtschaft	27
4.1	BIZ – Jungunternehmerförderung	27
4.2	Technologieförderung	27

## 1 Gesundheit

Gesundheits- und Wohlfahrtsverwaltung  
Rathaus, Linzer Straße 6  
Tel: 0 27 42 / 333 - 25 12 DW  
<mailto:gesundheit@st-poelten.gv.at>  
<http://www.st-poelten.gv.at/>

- Ausbau des Radwegnetzes
- Modernisierung des Fitnessparcours im Stadtwald und an der Traisen
- Beratungsstellen: Ernährungsberatung, Alkoholberatung, Raucherberatung, Mutterberatung,
- Familienberatung, Jugendzentrum Steppenwolf, Drogenberatung
- Koordination der Selbsthilfegruppen

### 1.1 Gesunde Stadt - St. Pölten

#### Beschreibung

#### Gesundheitsservice des Magistrats St. Pölten

Die Landeshauptstadt St. Pölten hat entsprechend der Ottawa – Charta am 24.2.1992 eine Deklaration zur Gesundheitsförderung auf kommunaler Ebene – als 4. Stadt Österreichs – beschlossen. In der Folge wurde eine Gesundheitsförderungskonferenz – Arbeitskreis "Gesunde Stadt St. Pölten" – eingerichtet, die entsprechende Aktivitäten sammelt, koordiniert und durchführt. Der Arbeitskreis setzt sich interdisziplinär zusammen (Vertreter der NÖGKK, Kneippbund, Apothekerverband, niedergelassene Ärzte, Volkshilfe, Versicherungen und Fachbeamte).

In verschiedenen Stadtteilen St. Pöltens werden sogenannte Vitaltage durchgeführt. Neben diversen Fachvorträgen zu gesundheitsbezogenen Themen und einer großen Anzahl von Ausstellern (Gesundheitseinrichtungen) wurden vom Gesundheitsbusteam Vorsorgeuntersuchungen (Cholesterin, HDL-Cholesterin, Blutzucker, Blutdruck, Lungenfunktion, Körperfettmessung) durchgeführt.

Jährliches Melanomscreening im St. Pöltner Sommerbad und am Ratzerdorfer Badensee (in Zusammenarbeit mit der Dermatologischen Abteilung des Zentralklinikums St. Pölten und der Krebshilfe).

#### Was wird gefördert?

##### Aktivitätenliste der "Gesunden Stadt St. Pölten"

- Aktion Gesundheitsbus
- Hörtest in der 1. Schulstufe
- Lungenfunktionstest in der 4. Schulstufe
- Sehtest in der 1. und 5. Schulstufe
- Grünraumkonzept
- Sicherung von Biotopen und Naturdenkmäler
- Allgemein zugängliches Luftgüteinfosystem

## 2 Umwelt

#### Umweltschutz- und Marktangelegenheiten

Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten

Roßmarkt 6,

A- 3100 St. Pölten,

Tel. 0 27 42 / 3 33-33 01

[mailto: umweltschutz-marktamt@st-poelten.gv.at](mailto:umweltschutz-marktamt@st-poelten.gv.at)

<http://www.st-poelten.gv.at/>

## 2.1 Alternative Energie (Solarenergie, Photovoltaik, Wärmepumpen)

Was wird gefördert?

Die Landeshauptstadt St. Pölten fördert unter Berücksichtigung der Nö. Bauordnung innerhalb des Stadtgebietes die Errichtung von Solaranlagen zur Warmwasseraufbereitung und/oder als Heizung in Ein- und Zweifamilienhäusern (Eigenheimen) und in Gruppenwohnbauten. Weiters werden Photovoltaikanlagen zur Gewinnung von elektrischem Strom aus Solarzellen und Wärmepumpen ohne FCKW bzw. HFCKW gefördert.

Wie wird gefördert?

Wenn die vorgesehene Maßnahme den Bestimmungen entspricht, wird nach Antragstellung bei der Abteilung XIII Umweltschutz- und Marktangelegenheiten derzeit die Errichtung obengenannter Anlagen zur Nutzung alternativer Energie mit 15% vom Gesamtbetrag max. € 600,- gefördert. Der Gesamtbetrag der Förderung inklusive etwaiger anderer Förderungen darf 50% der Errichtungskosten nicht übersteigen.

Kontakt und wichtige Links

Magistratsabteilung XI - Baupolizei  
Tel. 0 27 42 / 3 33-31 01 bzw.  
Abt. I - Wasserrechtsbehörde  
Tel. 0 27 42 / 3 33-21 00

Antrag und Beilagen an die Abteilung XIII - Umweltschutz- und Marktangelegenheiten.

## 2.2 Energieberatung der Landeshauptstadt St. Pölten

"Wohnen im Trend der Zeit"

Antragsberechtigte

Jeder St. Pöltner, der im Stadtgebiet von St. Pölten ein Ein- bzw. Zweifamilien-Wohnhaus plant bzw. baut oder einen Dachausbau durchführen will.

Was wird gefördert?

Es wird von einem Energiefachmann auf das jeweilige Wohnhaus- oder Wohnungsprojekt bzw. den Dachausbau eingegangen. Ziel der Beratung ist es, die Heizkosten durch Wärmedämmung und Sonnenenergienutzung zu reduzieren und dadurch einen Beitrag zum Umweltschutz zu leisten.

Kontakt und wichtige Links

Abteilung XIII  
Umweltschutz- und Marktangelegenheiten  
Tel. 0 27 42 / 3 33-33 01

## 2.3 Lärmschutzmaßnahmen

Was wird gefördert?

Die Landeshauptstadt St. Pölten fördert im Stadtgebiet von St. Pölten Maßnahmen zum Schutz vor Lärmeinwirkungen durch den Verkehr an besonders lärmbelasteten Gemeindestraßen. Geförderte Maßnahmen sind der Einbau von Schallschutzfenstern und -türen, die schallschutzmäßige Sanierung bestehender Fenster und Türen und der Einbau von Schalldämmlüftern in Aufenthaltsräumen privater Haushalte (Wohnzimmer, Schlafzimmer, Wohnküche, Kinderzimmer), die als Hauptwohnsitz dienen. Der 0,5 Meter vor den straßenseitigen Fenstern im Freien herrschende A-bewertete äquivalente Dauerschallpegel muß bei Tag mehr als 65 dB oder nachts mehr als 55 dB betragen. Das Schalldämmmaß der Schallschutzmaßnahmen muß mindestens 38 dB betragen. Nicht gefördert werden Maßnahmen gegen Gewerbelärm, gegen Baulärm oder gegen mutwillig verursachten Lärm. Im Ausmaß der Förderung dürfen keine Mittel nach dem Nö. Wohnungsförderungsgesetz (Althausanierung) in Anspruch genommen werden.

Antragsberechtigte

Liegenschaftseigentümer, Wohnungseigentümer, Haupt- oder Untermieter können je Wohnung, deren Nutzfläche 130 m<sup>2</sup> nicht übersteigt, um Gewährung eines Zuschusses ansuchen. Die Benützungsbewilligung muß vor dem 1. 1. 1988 erteilt worden sein.

Kontakt und wichtige Links

Abteilung XIII  
Roßmarkt 6  
A-3100 St. Pölten  
Tel. 0 27 42 / 3 33-33 04

## 3 Soziales

Jugend-, Kultur- und Veranstaltungsmanagement der Landeshauptstadt St. Pölten  
Prandtauerstraße 2  
A-3100 St. Pölten  
Tel. 0 27 42 / 3 33-26 03  
[mailto: peter.puchner@st-poelten.gv.at](mailto:peter.puchner@st-poelten.gv.at)

### 3.1 Jugendförderung

Die Stadt bietet den St. Pöltner Jugendlichen verschiedene Förderungen und Unterstützungen an. In Zusammenarbeit mit Wirtschaftstreibenden und Schulen der Landeshauptstadt wurde der Jugendfonds ins Leben gerufen, der Jugendlichen bei der Verwirklichung ihrer Ideen, Impulse und Initiativen im Interesse der Gemeinschaft schnell und unbürokratisch finanziell unterstützt.

#### Kontakt und wichtige Links

Peter Puchner

<mailto:peter.puchner@st-poelten.gv.at>

## 4 Wirtschaft

### 4.1 BIZ – Jungunternehmerförderung

BIZ St. Pölten Hausverwaltung  
Heinrich-Schneidmadl-Straße 15  
A-3100 St. Pölten  
Tel: 02742 / 9001- 3310  
<mailto:office@biz-st-poelten.at>  
[www.biz-st-poelten.at](http://www.biz-st-poelten.at)

#### Beschreibung

##### Das Business- & Innovationszentrum

Speziell für Gründer gibt es im BIZ St. Pölten ein Startbüro für bis zu drei (bei größeren Projekten bis zu sechs) Monaten. Ein Startbüro-Arbeitsplatz kostet im Monat € 150,- zuzüglich MWSt. Inkludiert sind darin Büromöbel, Sessel udgl., genügend Raum, 1 PC-Arbeitsplatz mit MS-Office-Software sowie der Telefon- und WEB-Anschluss (mit flat-rate) sowie Ihre E-Mail-Adresse.

#### Kontakt und wichtige Links

Frau Waltraud Berwanger

### 4.2 Technologieförderung

Allgemeine Finanzangelegenheiten  
Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten  
Roßmarkt 6, 1.Obergeschoß  
A-3100 St. Pölten  
Tel: 0 27 42 / 3 33-DW  
<http://www.st-poelten.gv.at/>

#### Antragsberechtigte

Neugegründete, zukunftsorientierte Unternehmen und Forschungseinrichtungen, die Mieter im Gründer- und Innovationszentrum St. Pölten (kurz: GIZ St. Pölten) sind.

#### Was wird gefördert?

Verstärkte Ansiedelung innovativer Produktions- und Dienstleistungsunternehmen sowie von Forschungseinrichtungen durch zeitlich befristete finanzielle Stützung der Monatsmieten förderungswürdiger Unternehmer im GIZ St. Pölten. Einreichung des vollständigen Förderaktes im Wege des GIZ St. Pölten beim Magistrat St. Pölten.

#### Kontakt und wichtige Links

Mag. Ernst Knoth (Abteilung für allgemeine Finanzangelegenheiten)  
Tel: 0 27 42 / 3 33-3400 (DW)  
<mailto:ernst.knoth@st-poelten.gv.at>



## ORF-Klagsdrohung, Österreich-Quiz und virtuelle Kuhentführung

Wien - "Die Kultur- und Medienarbeit hat 2005 keinen Grund zu jubeln!" Ein halbes Jahr nach Auftakt der Regierungsfeierlichkeiten zieht die Wiener Netzkultur-Institution Netbase eine mehr als ernüchternde Bilanz. Während ÖVP-Bundeskanzler Wolfgang Schüssel große Teile des kulturellen Feldes trocken legt, geht nun auch Österreichs öffentlich-rechtliche Sendeanstalt mit Klagsdrohungen gegen kritische und unabhängige Stimmen vor.

Der Hintergrund: Seit Monaten droht der ORF mit rechtlichen Konsequenzen, sollte Netbase mit der Internetplattform der 2005-kritischen Auseinandersetzung nicht den Forderungen des Königlbergs Folge leisten. "Der ORF lässt seine Muskel spielen und will im Hinblick auf unsere künstlerische Interpretation des offiziellen Jubeljahr-Logos Zensur ausüben", erklärt Netbase-Leiter

Konrad Becker. "Für uns ist das ein untragbarer Einschüchterungsversuch, den wir bisher erfolgreich abzuwehren wussten. Wir werden jedenfalls nicht klein beigegeben!"

Für Irritation und Aufsehen sorgte in der Woche vor den Staatsvertragsfeiern das Projekt "kommando freiheit45". Dieses virtuelle Drama einer politisch motivierten Kuhentführung in vier Akten versteht sich als semiotische Inszenierung, die offizielle Bildwelten und Opfer/Täter-Festschreibungen dekonstruiert. "Mit der subversiven Energie des Absurden haben wir ein öffentliches Schauspiel eingeleitet, das nicht nur eine mediale Dynamik ausgelöst, sondern auch eine offene Bühne für Komplizen- bzw. Gegnerschaft zur Verfügung gestellt hat.", so Becker abschließend. ■

## EU-Dienstleistungsrichtlinie widerspricht dem Prinzip des europäischen Sozialmodells

Wien - Eine Rücknahme und völlige Überarbeitung der umstrittenen EU-Dienstleistungsrichtlinie, die derzeit im Europäischen Parlament behandelt wird, fordern die Vorsitzenden der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG), Rudolf Hundstorfer, der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA), Wolfgang Katzian, sowie der deutschen Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Frank Bsirske, auf einer Pressekonferenz, die heute im Rahmen einer Tagung in Wien stattfand.

Kernstück des vorliegenden Richtlinienentwurfs stellt die Anwendung des "Herkunftslandsprinzips" dar. Diesem Prinzip folgend, könnten sich Dienstleistungsanbieter jeweils den Ort mit den niedrigsten Standards wählen und dann zu diesen günstigen Herkunftslandbedingungen über die Grenze arbeiten. Aus der Anwendung dieses Prinzips resultiert ein Wettbewerb der unterschiedlichen Rechtssysteme, der zu einem Senkungswettbewerb hinsichtlich der verschiedenen Standards von ArbeitnehmerInnen-schutz, Berufsausbildungs- und Ausbildungsvorschriften bis zum KonsumentInnen-schutz zwischen den Mitgliedsstaaten führt.

"Die EU-Dienstleistungsrichtlinie dient nicht nur zum Bürokratieabbau. Sie führt einen

gnadenlosen Wettbewerb ein. Das kann nicht das Modell für eine soziale und wirtschaftlich nachhaltige Entwicklung in Europa sein. Die Richtlinie würde zu einem Systemwechsel führen, der nicht dem Grundgedanken eines europäischen Sozialmodells entspricht", betont der Vorsitzende von ver.di, Frank Bsirske.

Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA), Wolfgang Katzian, bekennt sich grundsätzlich zur Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes für Dienstleistungen in Europa. Die Fundamente für ein gemeinsames soziales Haus Europa dürften jedoch nicht von der EU-Kommission über den Hintereingang der Dienstleistungsrichtlinie in die Luft gesprengt werden. Deshalb habe das Herkunftslandsprinzip nichts in der Richtlinie verloren. "Die Richtlinie muss zurückgezogen und vollständig überarbeitet werden. Sie muss sozial vom Kopf auf die Füße gestellt werden, damit sie akzeptabel wird. Solange die Fakten nicht auf dem Tisch sind, darf eine verantwortungsvolle Regierung im EU-Ministerrat der Richtlinie nicht zustimmen. Das gilt vor allem auch für Minister Bartenstein", so Katzian abschließend. ■

## Morak hat freies Kunstbudget um 30 Prozent gekürzt

Wien - "Die Ausgaben des Bundes für Kunst sind, nicht wie von Morak in der Pressestunde behauptet, gestiegen, sie sind vielmehr um mehr als 30 Prozent gesunken", kritisiert Wolfgang Zinggl, Kultursprecher der Grünen. Im Jahr 2001, das war das letzte Budgetjahr, das Morak noch nicht zu verantworten hatte, wurden noch 246 Mio. Euro für Kunst ausgegeben. Im Jahr 2004 hingegen waren es nur noch 220 Mio. Die gebundenen Mittel abgezogen, bleiben für die aktuelle Kunst Euro 80 Mio., also um 29 Mio. weniger als im Jahr 2001 (109 Mio.). ■

## Ehrenamtliche Arbeit für ZARA

Wien - Helfende Hände & Geister werden bei ZARA immer benötigt. Dabei sind die Betätigungsmöglichkeiten sehr vielfältig, jedeR kann ihre/seine eigenen Kompetenzen & Zeitressourcen in den unterschiedlichsten Bereichen einbringen. Wer Interesse hat an einer ehrenamtlichen Mitarbeit bei ZARA sei folgende Informationsveranstaltung empfohlen:

Montag, den 6. Juni um 19 Uhr im ZARA-Büro in 1060 Wien, Luftbadgasse 14-16.

Bitte Teilnahme per Mail anmelden:

[office@zara.or.at](mailto:office@zara.or.at) ■

## Sauberes Wasser – Luxus für die Armen?

Sauberes Wasser und sanitäre Einrichtungen sind bis heute ein Luxusgut auf der Welt. Hierauf weisen UNICEF und die Weltgesundheitsorganisation WHO anlässlich des Welt-Umwelt-Tages am 5. Juni mit dem Report „Wasser für das Leben“ hin. Danach trinkt schätzungsweise eine Milliarde Menschen mit Krankheitserregern verunreinigtes Wasser. Über zwei Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu Latrinen. Am stärksten leiden Kinder unter dieser Situation: In den ärmsten Ländern der Erde sterben jeden Tag rund 5.000 Kinder unter fünf Jahren an Durchfallerkrankungen. Das Risiko eines tödlichen Verlaufs von Durchfall ist für Kinder im südlichen Afrika etwa 500mal so hoch wie in den Industriestaaten. Häufige Durchfallerkrankungen führen zu chronischer Mangelernährung und Auszehrung der Kinder. Hierdurch wird ihre gesamte körperliche und geistige Entwicklung beeinträchtigt.

UNICEF und WHO unterstreichen in ihrer Studie, dass die hygienischen Verhältnisse im südlichen Afrika und in Südasien weiter besonders schlecht sind. In den afrikanischen Ländern südlich der Sahara haben lediglich 58 Prozent der Menschen Zugang zu sauberem Trinkwasser und nicht einmal 36 Prozent Zugang zu einfachen Latrinen. In Südasien ist die Versorgung mit Trinkwasser zwar besser, doch nur jeder Dritte kann eine Latrine benutzen.

„Während Fortschritte beim Zugang zu Trinkwasser ermutigend sind, müssen die Anstrengungen bei der Verbesserung der hygienischen Bedingungen und der Abwasserentsorgung mehr als verdoppelt werden, um die Millenniumsziele zu verwirklichen“, sagte Ann Veneman, die neue UNICEF-Exekutivdirektorin.

Im Jahr 2000 hatten sich die Regierungen in der Vollversammlung der Vereinten Nationen das Ziel gesetzt, die Zahl der Menschen ohne sauberes Wasser und Latrinen bis 2015 zu halbieren. Um dieses Ziel zu erreichen müssen jedes Jahr 138 Millionen in den ärmsten Ländern erreicht werden.

Investitionen in die Wasserversorgung und sanitären Einrichtungen sind ein Schlüssel, um die Lebensbedingungen in den Städten und in ländlichen Regionen der Entwicklungsländer zu verbessern.

Die Studie von UNICEF und WHO stellt fest, dass jeder Dollar Investition in diesen Bereich einen langfristigen Ertrag von drei bis 34 Dollar bringt: durch weniger Krankheitskosten, Zeitersparnis und höhere Produktivität. ■

### LANGE NACHT DER KIRCHEN

**10. Juni 2005**

Um 17.50 Uhr beginnt die „Lange Nacht der Kirchen“ mit einem gemeinsamen Glockengeläut aller Kirchen Wiens. Anschließend folgt eine ökumenische Eröffnungsfeier im Stephansdom mit Kardinal Dr. Christoph Schönborn, Metropolit Erzbischof Michael Staikos und anderen Vertretern der Ökumene.

Gleichzeitig startet in den ca. 170 teilnehmenden Kirchen deren individuelle Gestaltung für den Abend.

Über den Zeitraum von 18.00 Uhr - 1.00 Uhr wird in den Kirchen ein vielfältiges Programm angeboten, das einlädt, die Kirchen kennen zu lernen und Raum schafft für Begegnung und Spiritualität.

Mehr und alle Termine >>

<http://www.langenachtderkirchen.at>

### EUROPEAN OFF NETWORK

**16. – 19. Juni 2005**

Europäisches Treffen Freier Theatergruppen  
Festspielhaus St. Pölten / NÖ

Die Interessengemeinschaft Freie Theaterarbeit Österreich veranstaltet von 16. bis 19. Juni 2005 ein Treffen freier Theaterschaffender aus ganz Europa im Festspielhaus St. Pölten. Unter dem Titel EUROPEAN OFF NETWORK lädt dieses Treffen freie Theaterschaffende, TänzerInnen und PerformerInnen und Interessierte aus ganz Europa zu einem grenzüberschreitenden Dialog über Existenzbedingungen, Probleme und Visionen freier Theaterarbeit in Europa ein.

Aus Anlass der EU-(Ost)-Erweiterung 2004 wird auf dem geplanten Treffen im Rahmen von Vorträgen, Workshops, Referaten und

Arbeitsgruppen die Situation freier Theaterarbeit in Europa thematisiert. Das Treffen will Information, Austausch und konkrete Vernetzungsoptionen bieten. Die europaweite Vernetzung freier Theaterschaffender, TänzerInnen und PerformerInnen ist dabei ein nachhaltiges Ziel. Performances aus vier Ländern geben einen exemplarischen Einblick in die Vielfalt freier Produktionen.

Kontakt:

IG Freie Theaterarbeit  
1060 Wien, Gumpendorferstraße 63B  
01/403 87 94

\*Der GLOCALIST übernimmt keine Gewähr und Haftung für Preis- Ort- und Zeitangaben.



## ABO-BESTELLFAX: 01/ 597 68 55

**Ja**, ich möchte den Glocalist Review (41 digitale Ausgaben jährlich, Versand als PDF) ab sofort zum Jahrespreis von nur 125,- Euro inkl. MwSt. abonnieren.

Vorname \_\_\_\_\_

Nachname \_\_\_\_\_

Firma/Organisation \_\_\_\_\_

Mail \_\_\_\_\_

Adresse, PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Tel \_\_\_\_\_

Fax \_\_\_\_\_

Das Glocalist Review-Abo kann ich 6 Wochen vor Ablauf der Jahresfrist ohne Angabe von Gründen kündigen. Andernfalls verlängert es sich ein weiteres Jahr.

Widerrufsrecht: Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche ab Bestellung schriftlich widerrufen kann, unter [office@glocalist-review.com](mailto:office@glocalist-review.com), oder per Post an: Glocalist Review, A-1030 Wien, Barmherzigengasse 17/6/1. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Datum des Header/Poststempels).

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_